



Zehn Jahre Lehman-Pleite – der nächste Crash droht

Pressemitteilung von Fabio De Masi, 14. September 2018

„Zehn Jahre nach der Pleite von Lehman Brothers und dem Ausbruch der schwersten Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem 2. Weltkrieg, droht ein Jo-Jo-Effekt auf den Finanzmärkten. Die Demokratie wird einen erneuten Crash nicht überleben“, erklärt Fabio De Masi, stellvertretender Vorsitzender und finanzpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, anlässlich des 10. Jahrestags der Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers. De Masi weiter:

"Megabanken, die in der Krise mit Milliarden an öffentlichen Geldern gerettet wurden, sind heute immer noch zu groß und zu vernetzt zur kontrollierten Abwicklung. Das Versprechen von Bundeskanzlerin Merkel, dass Steuerzahler nie wieder die Banken retten müssen, ist ein Treppenwitz mit Namen: Deutsche Bank.

Die Ungleichheit wurde durch Kürzungspolitik verschärft, und in Südeuropa wurde eine verlorene Generation geschaffen. In den Bankbilanzen schlummern daher immer noch Milliarden an faulen Krediten - eine tickende Zeitbombe. Das billige Geld

der EZB hingegen landet wegen der unzureichenden Investitionen auf den Finanzmärkten und befeuert Vermögenspreisblasen. Schattenbanken wachsen ungehemmt, der Hochfrequenzhandel und die Derivatespekulation wurden nicht unterbunden und die Privatisierung der Alterssicherung füttert das Biest Finanzmärkte.

Um die Eurozone krisenfest zu machen, brauchen wir eine Korrektur der deutschen Wirtschaftspolitik und einen Abbau der chronischen Leistungsbilanzüberschüsse. Die Bundesregierung muss die Binnenwirtschaft und den sozialen Zusammenhalt über höhere öffentliche Investitionen stärken. Wir brauchen eine echte Finanztransaktionssteuer, die jedoch von Emmanuel Macron und Finanzminister Olaf Scholz torpediert wird, sowie einen Finanz-TÜV zur Zulassung von Finanzinnovationen. Darüber hinaus brauchen wir selektive Kapitalverkehrskontrollen und koordinierte Wechselkurse, um Währungskrisen in den Schwellenländern zu verhindern sowie neue Instrumente der Geldpolitik jenseits der Zinssätze, wie Aktiv-Mindestreserven gegen spekulative Überhitzung auf einzelnen Märkten.“